

Demokratie leben und gestalten

Ein Dossier der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ)

www.kaoe.at

Die Dossiers der Katholischen Aktion Österreich:

- ▶ **Ökologische Umkehr und Mitweltgerechtigkeit**
- ▶ **Der Weg zum Frieden**
- ▶ **Arbeit und soziale Fairness**
- ▶ **Geschlechtergerechtigkeit**
- ▶ **Beteiligung und Mitverantwortung**
- ▶ **Demokratie leben und gestalten**

Katholische Aktion Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien
www.kaoe.at

Demokratie steht weltweit zunehmend unter Druck. Auch in Ländern mit langer demokratischer Erfahrung werden die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zunehmend infrage gestellt.

Die Angriffe auf demokratische Institutionen kommen auf verschiedenen Ebenen. Vielfach sehen sich Medien, die einem Qualitätsjournalismus verpflichtet sind, unter Druck. Auch die unabhängige Justiz und Minderheiten aller Art sind Angriffen ausgesetzt.

Das hat uns dazu motiviert, uns als Katholische Aktion zu Wort zu melden. Dieser Text ist nicht nur ein Plädoyer für die aktive Arbeit an einer demokratischen Gesellschaft, er bietet auch Hinweise für Handlungsmöglichkeiten. Wir sehen alle Bürger:innen und damit auch alle Katholik:innen in der Verantwortung, sich am demokratischen Dialog zu beteiligen und Demokratie mitzugestalten.

Unsere Herangehensweise

Das Engagement für eine lebendige Demokratie setzt eine gute Analyse der aktuellen Lage voraus. In der Tradition Joseph Cardijns, dem Gründer der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ), richten wir uns deshalb nach dem bewährten Prinzip SEHEN – URTEILEN – HANDELN.

Cardijn traute jungen Arbeiter:innen zu, sich aufgrund der gemeinsamen Auseinandersetzung mit der eigenen Lebenssituation und ihrem Bezug zum gesellschaftlichen Umfeld aktiv zu werden. Er hat mit diesem Ansatz den Begriff des „Apostolats der Laien“ mit Leben gefüllt. Als Katholik:innen bringen wir uns aufgrund solider Analyse und Reflexion in das gesellschaftliche und politische Leben ein.

So folgen auch in diesem Dossier der Analyse Ideen für einen wirkungsvollen Einsatz für ein demokratisches Miteinander. Das erscheint notwendiger denn je.

Als Christ:innen bringen wir uns aktiv in die Gestaltung von Gesellschaft und Politik ein. Zum Thema der Beteiligung und Mitverantwortung in der Katholischen Kirche haben wir im Rahmen des weltweiten Synodalen Prozesses ein eigenes Dossier veröffentlicht. Wir sind mit der Kirche weiter am Weg hin zu wahrer Synodalität.

WAS WIR SEHEN UND WIE WIR ES EINORDNEN

1. Unser Verständnis von Demokratie: Liberal und auf Basis der Menschenrechte

In den letzten Jahren erleben wir zunehmend demokratiefeindliche Tendenzen. Die liberale Demokratie hängt von der Trennung der drei Staatsgewalten Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz ab. Zur Gewaltenteilung in modernen Demokratien gehören auch professionelle, unabhängige Medien und eine freie Wissenschaft.

Diese Gewaltenteilung hat sich bewährt, da sie Angriffe auf die unabhängige Justiz in vielen Fällen erschwert hat. Der Rechtsstaat ist eine wichtige Voraussetzung dafür, der Würde des Menschen im politischen Spiel Vorrang zu gewähren. Sie sorgt auch für eine eigenständige Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung. All das ist für den Erhalt einer funktionierenden Demokratie notwendig.

Demokratie braucht kontinuierliche Pflege, denn sie ist nicht selbstverständlich. Sie ist ein Weg der Austragung von Konflikten, bei dem sowohl die Würde des einzelnen Menschen als auch die Existenz unterschiedlicher Interessen gesehen und geschätzt werden. Dafür braucht es Respekt, Anerkennung und Geduld, das Eingehen auf das Wissen und die Erfahrungen der anderen, und den Mut, diese zu hinterfragen. Das alles sind wesentliche Fragen, und viele Menschen haben nie gelernt, sich ihnen zu stellen.

Voraussetzung für demokratisches Handeln ist die Wahrnehmung und der Respekt jedes Menschen als Individuum.

Nicht nur die Katholische Soziallehre als Anleitung für das Handeln von Christ:innen, auch die Menschenrechte als wesentliche Quellen moderner Demokratien liefern dafür eine wichtige Grundlage.

Wo faire und freie Wahlen funktionieren, wo die gegenseitige Kontrolle von Staatsgewalten gewährleistet ist und wo eine ansatzweise soziale Gerechtigkeit die Teilnahme an Politik ermöglicht, wird die Unterdrückung von sozial Schwachen und Ausgegrenzten erschwert.

Christ:innen sind dazu berufen, für andere Menschen und für deren Rechte einzutreten, wo immer diese klein gehalten werden. Ihr Einsatz für den Erhalt der Demokratie ist daher ein Gebot der Stunde. Gleichzeitig ist der Kampf für demokratische Freiheiten nicht zu Ende, etwa in Fragen der Integration von Menschen mit Behinderungen, der gesellschaftlichen Anerkennung von LGBTIQ-Personen oder der vollen Gleichstellung von Frauen. Es bleibt viel zu tun.

2. Demokratie als Methode mit Konflikten umzugehen

Konflikte sind ein natürlicher und notwendiger Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Sie entstehen aus legitimen Interessengegensätzen und unterschiedlichen Wertvorstellungen. Erst durch sie werden unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven sichtbar und in den demokratischen Prozess integriert.

Die demokratische Qualität einer Gesellschaft zeigt sich gerade in ihrer Fähigkeit, Konflikte konstruktiv und gewaltfrei auszutragen. Die Zivilgesellschaft ergänzt dabei die institutionalisierte politische Konfliktaustragung durch politische Parteien. Sie schafft niedrigschwellig Dialogräume und fungiert als Vermittlerin zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Besonders wichtig sind lokale Initiativen und Vereine, die Menschen unterschiedlicher Hintergründe zusammenbringen und so zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Aus unterschiedlichen Perspektiven und Herangehensweisen können im Miteinander Konsens und gute Kompromisse für das Zusammenleben gefunden werden.

Die Austragung gesellschaftlicher Konflikte in demokratischen Systemen steht heute vor besonderen Herausforderungen. Die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, das Erstarken populistischer Bewegungen, Algorithmen, die radikale Meinungen verstärken, und die komplexe Balance zwischen nationaler Souveränität und europäischer Integration erfordern neue Ansätze der zivilgesellschaftlichen Konfliktbearbeitung.

Verschiedene digitale Kommunikationsformen füllen unsere Lebenswelten mit Informationen und machen es Menschen schwer, Wirklichkeiten, Fakten und Wahrheit zu unterscheiden. Diese verschiedenen Aspekte sind eng miteinander verwoben und bedingen sich gegenseitig.

Eine besondere Herausforderung stellt derzeit der Umgang mit (rechts-)populistischen und rechtsextremen Strömungen dar. Diese vereinfachen komplexe Zusammenhänge, emotionalisieren politische Debatten und stellen demokratische Institutionen infrage. Vereinfachend stellen sie einem „Wir“ „die Anderen“ gegenüber und geben die Schuld für gesellschaftliche Probleme meist schwächeren Gruppen oder der sogenannten Elite. Der Aufstieg populistischer Bewegungen hat viele Ursachen. Dazu gehören soziale Ungleichheit, kulturelle Veränderungen bis hin zu Vertrauensverlusten in politische Institutionen.

3. Die Beteiligung vieler als Motor der Demokratie

Die Demokratie, die im antiken Athen als ein System entstand, das politische Teilhabe ermöglichen sollte, hat sich seit der Zeit von Perikles und Aspasia signifikant weiterentwickelt. Zeitgenössische Systeme wie die österreichische Republik legen sowohl Wert auf Partizipation als auch auf Repräsentation: Der Kern einer gesunden Demokratie liegt heute nicht nur in der Beteiligung der Bürger:innen, sondern auch in der Repräsentation ihrer unterschiedlichen Interessen.

Demokratisches Engagement manifestiert sich auf vielfältige Weise – sei es in NGOs, lokalen Vereinen oder im täglichen politischen Austausch. Jeder dieser Beiträge formt unsere Gesellschaft. Eine besondere Verantwortung tragen Menschen in politischen Ämtern. Sie müssen heute gezielt auf die jüngere Generation und Menschen mit Migrationshintergrund zugehen, deren Sichtweisen einbinden und sie für politische Aufgaben begeistern.

Ein wichtiges Instrument politischer Beteiligung sind Wahlen. Doch 1,5 Millionen Menschen durften bei der Nationalratswahl 2024 nicht wählen. EU-Bürger:innen sind auf lokaler Ebene wahlberechtigt, alle anderen gar nicht. Lediglich die Kammern und Betriebsräte bieten diesen Menschen eine gesetzlich verankerte demokratische Vertretung. Personen unter 16 Jahren sind von Wahlen ebenso ausgeschlossen. Junge Menschen sind daher in politischen Entscheidungsgremien nicht vertreten.

Es gibt dazu viele andere Möglichkeiten, an demokratischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Es ist wichtig, dass sich viele verschiedene Menschen einbringen, denn die Qualität demokratischer Prozesse und deren Ergebnisse hängt davon ab, ob die Beteiligten aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen kommen. Die Vielfalt einer Gesellschaft muss auch in der Beteiligung, im Dialog und in der Entscheidungsfindung abgebildet und erkennbar sein. Vielfalt stärkt. Es kann nicht sein, dass nur ein Teil der Gesellschaft über den Rest entscheidet, ohne die anderen auch einzubeziehen. Der Anspruch einer reifen demokratischen Gesellschaft muss sein, dass Menschen für sich selbst sprechen können und nicht nur von anderen, die ihrer Gruppe nicht zugehören, vertreten werden.

Die Entwicklung von Formaten der demokratischen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Menschen unterschiedlicher Muttersprachen und gesellschaftlicher Randgruppen ist eine besondere Aufgabe einer modernen, demokratischen Gesellschaft.

Der kontinuierliche Ausbau der Menschenrechtsnormen im 20. Jahrhundert ermöglichte die gesellschaftliche Teilhabe von marginalisierten Gruppen. So sichern sie die Rechte von Menschen mit Behinderungen ebenso wie jene von Menschen auf der Flucht. Doch gerade das Recht auf Asyl ist immer mehr unter Druck, die UN-Behindertenrechtskonvention ist immer noch nicht ausreichend umgesetzt.

4. Soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für funktionierende Demokratie

Die Gleichheit der Menschen ist ein Grundprinzip einer modernen Demokratie. Die Stimme einer jeden Person ist gleich viel wert. Um das zu verwirklichen, ist die gleiche Teilhabe aller Menschen Ziel einer jeden demokratischen Ordnung. Deshalb ist soziale Gerechtigkeit eine wichtige Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Um sich beteiligen zu können, um sich engagieren zu können, braucht man ausreichend finanzielle Mittel. Je weniger soziale Ungleichheit besteht, je weniger Menschen gesellschaftliche Ausgrenzung erfahren, desto besser sind die Voraussetzungen für ein gelungenes demokratisches Miteinander.

Soziale Ungleichheit führt zu mangelnder Chancengleichheit und hängt damit direkt mit einem demokratischen Defizit zusammen. Ein funktionierender Sozialstaat und gelebte gesellschaftliche Solidarität sind daher wichtige Bausteine hin zu einer demokratischen Gesellschaft.

5. Politische Bildung als Schlüssel für lebendige Demokratie

Politische Bildung befähigt Menschen, sich zu engagieren und für ihre Rechte einzutreten. Außerdem ermöglicht sie ihnen, komplexe Zusammenhänge zu erkennen und die Lage marginalisierter Minderheiten zu verstehen.

Viele sehen Demokratie in Österreich seit langem als selbstverständlich. Oft wird sie als Grundlage des Zusammenlebens und des wirtschaftlichen Erfolgs gelobt. Dabei ist ein eigenes Schulfach „Politische Bildung“ lange eine nicht umgesetzte Forderung geblieben. Demokratiebildung für Erwachsene gibt es bis heute kaum. Nur im Rahmen von Integrations- und Wertekursen sind einige Stunden für das Thema vorgesehen. Es fehlt an den finanziellen Mitteln, die für ausreichend politische Bildung notwendig wären.

In der Debatte um politische Bildung geht es meist um eine Form von Institutionenkunde. Menschen sollen politische Prozesse nachvollziehen können. Bei Streitfragen werden Jurist:innen nach der Rechtslage und Politikwissenschaftler:innen nach Einschätzungen gefragt. Die Frage nach dem „Warum und Wofür“ in der Demokratie bleibt oft offen.

Dabei wäre gerade die Einübung einer konstruktiven Streitkultur und das Aushandeln von Konflikten der wichtigste Teil politischer Bildung. Wenn ein Staat seine Entscheidungen nur darauf aufbaut, dass Parteien und deren Vertreter:innen alles untereinander verhandeln, dann fehlen den Bürger:innen die wichtigen, unmittelbaren demokratischen Erfahrungs- und Handlungsmöglichkeiten.

6. Gelingende Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit

Politische Gleichheit ist die Grundlage der Demokratie und eine unabdingbare Säule für die Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen. Es ist für die Legitimität demokratischer Systeme von entscheidender Bedeutung, dass alle Bürger:innen einbezogen und vertreten sind, da demokratische Systeme nur dann als legitim wahrgenommen werden, wenn sie die Interessen ihrer Wähler:innenschaft angemessen widerspiegeln.

Doch politische Beteiligung wurde ursprünglich durch das Geschlecht bestimmt und eingegrenzt. Die politischen Rechte der Frauen wurden nur langsam anerkannt – in Österreich mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts im Jahr 1918.

Auch wenn Geschlechterlücken im politischen Engagement immer geringer werden, bestehen in zeitgenössischen Demokratien weiterhin Unterschiede in der Repräsentation. Frauen sind in politischen Ämtern unterrepräsentiert, was darauf hinweist, dass Geschlecht nach wie vor ein entscheidender Faktor für politische Macht ist.

Zusätzlich erschwert die Aufteilung von Arbeitsbereichen in öffentliche und private Sphären das politische Engagement für Frauen. Frauen tragen überproportional die Last der unbezahlten Sorgearbeit, was ihre Zeit und Ressourcen für politische Aktivitäten einschränkt. Die gesellschaftliche Erwartung, dass Frauen sich um Pflegeaufgaben kümmern, behindert ihre politische Partizipation und verringert die Anzahl potenzieller Kandidatinnen.

Eine robuste Demokratie muss Geschlechtergerechtigkeit priorisieren, um gerechte Repräsentation zu gewährleisten. Das Bestehen von Geschlechterstereotypen, gepaart mit systematischen Barrieren zur Partizipation, behindert das volle Engagement von Frauen in politischen Prozessen. Es sind erhebliche Anstrengungen von Institutionen erforderlich, um diese Stereotypen herauszufordern, unterstützende Richtlinien umzusetzen und Wege für das politische Engagement von Frauen zu schaffen. Indem wir sicherstellen, dass alle Stimmen gehört werden, stärken wir die Demokratie und erhöhen ihre Legitimität für alle Bürger:innen.

7. Einbindung junger Menschen für mehr Generationengerechtigkeit

Von demokratischen Entscheidungen betroffen sind wir alle, ob jung oder alt. Doch Menschen bis 16 Jahre sind in Österreich von Wahlen ausgeschlossen und daher in wichtigen Entscheidungsgremien nicht vertreten.

Jungen Menschen fehlt die Stimme in vielen Debatten, die von älteren Generationen dominiert werden. Das hat zur Folge, dass Themen, die ihnen wichtig sind, in der politischen Diskussion unterrepräsentiert sind. Ob beim Kampf gegen den Klimawandel oder beim Einsatz öffentlicher Mittel: Entscheidungen werden ohne diejenigen getroffen, die in Zukunft mit ihren Folgen leben müssen.

Auch in die Debatten zu aktuellen Themen sind junge Menschen kaum eingebunden. Über die Nutzung von neuen Medien und religiösen Symbolen in Schulen etwa entscheiden die Verantwortlichen meist über die Köpfe der Betroffenen hinweg.

Dabei gäbe es Möglichkeiten, auch Kinder und Jugendliche wirkmächtig in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. Nicht zuletzt wäre es wieder eine Gelegenheit, Demokratie aktiv zu üben.

8. Medien als Räume für faktenbezogene Kommunikation

Basis für jede Form politischer Beteiligung ist eine fundierte Informationsgrundlage. Deshalb sind vertrauenswürdige Medien ebenso ein notwendiger Teil einer demokratischen Gesellschaft wie politische Bildung.

Medien erweitern unsere Wahrnehmung, sie eröffnen uns Tore in die Welt – umso wichtiger ist ihr Wahrheitsgehalt. Die Pressefreiheit ist daher ein sehr hohes und schützenswertes Gut und schließt ein, dass es keine Zensur durch den Staat geben darf. Zugleich gilt es, Macht und Einfluss der Medien auf die Politik im Blick zu behalten, damit es zu keiner „Mediokratie“ – einer Herrschaft der Medien – kommt.

Hier ständig Balance zu suchen und zu finden, wird in Zeiten des Internets und der Sozialen Medien nicht unbedingt leichter. Aktuell gibt es eine Marktentwicklung von Machtkonzentration auf einige wenige internationale Großkonzerne, die traditionellen Medien die wirtschaftliche Grundlage abgraben. Das gefährdet die Vielfalt und Qualität unabhängiger Medien.

Qualitätsjournalismus zu betreiben ist aufwändig und teuer. Professionelle Medien sehen sich immer mehr gezwungen, sich Marktmechanismen zu beugen und wirtschaftlichen Effizienzkriterien zu entsprechen. Der profitable Betrieb wird zur Grundvoraussetzung journalistischer Arbeit. Reißerische Überschriften, populäre Themen und Bad News prägen heute Medien aller Art.

Aufwändige Hintergrundrecherchen und die genaue Einhaltung journalistischer Grundregeln geraten ins Hintertreffen.

Das hat viel mit der Konsumgewohnheit der Leser:innen zu tun. Aufmerksamkeitsspannen werden geringer und das Lesen von Nachrichten auf Papier ist nicht mehr angesagt. Gleichzeitig stellt das Überangebot von Inhalten das Publikum vor gewaltige Herausforderungen: Wie können wir in einem Klima von „Gereiztheit und Empörtheit“ Fake News von wirklichkeitsbezogenen Fakten unterscheiden?

Die Förderung von Qualitätsjournalismus ist daher eine wichtige Aufgabe von Politik auf allen Ebenen. Sie umfasst die politische Bildung ebenso wie die Regulierung und Finanzierung von Medien.

HANDELN IST UNSER AUFTRAG

Die Katholische Soziallehre stellt uns vor die Aufgabe, unsere Stimme zu erheben, wo immer Menschenwürde verletzt wird, und positiv am Gelingen des Gemeinwohls mitzuwirken. Sie fordert soziale Gerechtigkeit für alle Menschen. Christ:innen sind dazu aufgerufen, für eine gerechte und solidarische Gesellschaft einzutreten. Das bedeutet, für Verbesserungen einzutreten und parteiisch zu sein, wo immer Menschen benachteiligt werden.

Aus diesen Prinzipien ergibt sich für Christ:innen eine konkrete Handlungsaufforderung zur Verteidigung von Angriffen auf demokratische Institutionen ebenso wie auf marginalisierte Minderheiten. Ziel ist, allen Mitmenschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

Das gilt für alle Lebensbereiche: vom unmittelbaren Lebensumfeld über innerkirchliche Prozesse bis zur internationalen Politik. Christ:in zu sein bedeutet parteiisch zu sein, wenn die Grundwerte der Katholischen Soziallehre angegriffen werden.

Politisches Engagement hat viele Formen

Die Stärkung demokratischer Systeme erfordert das kontinuierliche Engagement vieler Menschen. Neben den politischen Parteien, den Gewerkschaften, den Kammern und Medien kann die Zivilgesellschaft den notwendigen Rahmen dafür bieten.

Im Rahmen von Bürger:innen-Initiativen, Bürger:innen-Cafés auf Kommunalebene, Sprechstunden von Politiker:innen, durch Demonstrationen bis hin zu Hungerstreiks, Verfassen von Briefen und Petitionen und vieles mehr bringen sich Menschen in den politischen Diskurs ein und gestalten ihn dadurch selbst mit.

Die Möglichkeit zur Mitbestimmung im Berufsalltag fördert demokratische Haltungen und Praxismöglichkeiten. Betriebsräte, Personalvertretungen oder Behinderten-Vertrauenspersonen können unmittelbare Mitwirkung bei Entscheidungen gestalten. Als gewählte Jugend-Vertrauensrät:innen werden beispielsweise junge Arbeitnehmer:innen in ihren Betrieben demokratisch aktiv. Auch der Rahmen der Schüler:innen-Vertretungen auf Bundes-, Landes- und Schulebene und die Bundesjugendvertretung bieten Möglichkeiten für Jugendliche, Erfahrungen in demokratischem Handeln zu machen.

In unserer repräsentativen Demokratie werden Politiker:innen gewählt, um in den Parlamenten und Räten auf unterschiedlichen Ebenen Gesetze zu beschließen und deren Umsetzung zu gestalten. Darum ist es wichtig, dass sich Christ:innen auch aktiv als gewählte Politiker:innen in Parteien, Gewerkschaften und Kammern engagieren. Damit begeben sie sich in das Zentrum der demokratischen Entscheidungen und können dieses in christlichem Sinne mitgestalten.

Räume des Dialogs schaffen

Funktionierende Demokratie lebt vom Dialog auf Augenhöhe und in gewaltfreier Form. Er ermöglicht einen gelingenden Ausgleich gesellschaftlicher Gegensätze. Die aktuelle öffentliche Polarisierung erschwert jedoch zunehmend die konstruktive Konfliktbearbeitung. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen entwickeln parallel existierende Realitätswahrnehmungen und der direkte Dialog wird seltener.

Vereine, Kommunen, Pfarrgemeinden oder Betriebe können gezielt Begegnungsräume schaffen und Dialogformate ins Leben rufen. Ein Mittel diese umzusetzen, ist sozialräumliche Gemeinwesenarbeit.

Ihre Vernetzung vor Ort und ihre Erfahrung in der Pastoralarbeit ermöglicht gerade christlichen Gemeinschaften, wirksam zu einem gesellschaftlichen Miteinander beizutragen. Wichtig ist, dass diese Angebote niederschwellig und inklusiv gestaltet sind, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Positive Erzählungen auf den Weg bringen

Demokratiefeindliche Kräfte bedienen sich vereinfachenden und populistischen Erzählungen, mit dem Ziel, Gesellschaft zu spalten und demokratische Kräfte zu schwächen. Christ:innen sind angehalten, dem eine differenzierte Sichtweise entgegenzusetzen. Wenn wir komplexe Themen verständlich aufbereiten, ohne sie zu sehr zu vereinfachen, kann es uns gelingen, legitime Sorgen und Ängste ernst zu nehmen, ohne dabei gesellschaftliche Spaltungen weiter zu vertiefen.

Gleichzeitig können wir so Probleme benennen und konstruktive Argumente entwickeln. Auf diese Weise gelingt es, Lösungsansätze zu entwerfen und Verbündete für ihre Umsetzung zu gewinnen.

So entwickeln wir neue Erzählungen, die den Menschen eine Alternative zu denen der Populist:innen bieten. In ihrem Zentrum stehen Menschlichkeit, Solidarität und Demokratie.

Politische Bildung und Medienkompetenz stärken

Die Stärkung von politischer Bildung und Medienkompetenz trägt dazu bei, den Nährboden für populistische Strömungen zu verringern. Kinder und Jugendliche müssen lernen, die Bedürfnisse und Meinungen anderer Menschen zu respektieren und zu verstehen, welche Information glaubhaft ist und welche nicht. Politische Bildung endet nicht mit dem Austritt aus der Schule. Auch Erwachsene müssen immer wieder üben, eigene Haltungen zu reflektieren und anderen Menschen zuzuhören.

Demokratisches Handeln braucht Übung. Wir müssen erlernen, Kompromisse zu finden und die Meinungen anderer auszuhalten. Bei demokratischen Entscheidungsfindungen in der Familie oder in der Schule erwerben wir das Rüstzeug für demokratische Prozesse in anderen Bereichen. Denn in einer lebendigen Demokratie werden unterschiedliche Positionen respektiert. Auch in schwierigen Situationen heißt es, im Dialog zu bleiben. Nur durch das Aushalten von Konflikten und die kontinuierliche Suche nach gemeinsamen Lösungen kann demokratische Kultur gestärkt werden.

Die europäische Idee erfahrbar und erlebbar machen

Viele unserer politischen Fragen werden international gelöst. Wir brauchen daher demokratische Strukturen über unsere Landesgrenzen hinaus. Die Europäische Union ist der Versuch, eine friedliche Politik auf einem ganzen Kontinent zu gestalten. Ohne sie sind unsere modernen Demokratien kaum vorstellbar, gleichzeitig hat sie ein Demokratiedefizit zu bewältigen.

Politische Parteien und zivilgesellschaftliche Akteur:innen stehen vor der Aufgabe, die europäische Idee erfahrbar und erlebbar zu machen. Städtepartnerschaften, internationale Austauschprojekte oder grenzüberschreitende Kulturinitiativen sind bewährte Formate, die weiterentwickelt werden sollten. Dabei geht es darum, Europa als Alltagserfahrung zu vermitteln und nicht als abstraktes politisches Konstrukt. Wir sehen uns zuerst als Europäer:innen. Europäische Bildungsprogramme wie Erasmus+ oder digitale Vernetzungsprojekte schaffen konkrete Erfahrungsräume für europäische Integration. Europa sind wir alle.

Demokratie im Alltag leben und gestalten

Konkrete Projekte, die Menschen zusammenbringen und gemeinsames Handeln ermöglichen, machen demokratische Kultur im Alltag erlebbar. Die Zivilgesellschaft kann dabei ein Labor sein für neue Formen der Zusammenarbeit und des Dialogs. So entstehen Formate, die flexibel und anpassungsfähig sind, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können und Teilhabe für möglichst viele Menschen zu ermöglichen.

Da Demokratie nicht selbstverständlich ist, muss sie erlernt und eingeübt werden. Sie ist dann eine Art miteinander umzugehen, eine Form miteinander zu leben. Demokratie kann sich auf viele Arten zeigen und in schwierigen Situationen bewähren. Demokratisches Leben ist daher zuerst eine Frage des Alltags. Es darf sich aber nicht darauf beschränken.

Das alles kann nicht alleine den Schulen überlassen werden. Es ist nicht etwas, das einmal aus Büchern gelernt wird. Es muss beständig sein, und es muss sich bewähren.

Ein Großteil der Menschen, die in demokratischen Staaten leben, verbringen die meiste Zeit in wenig demokratischen Strukturen wie Schulen oder Betrieben. Das ist vielleicht die wichtigste Frage zur Erneuerung der Demokratie.

Formen der demokratischen Beteiligung im eigenen Wirkungsbereich

Pfarrnen und Organisationen aller Art bieten einen idealen Rahmen dafür, Beteiligungsformate bei Entscheidungsprozessen auszuprobieren und einzuüben. Die Möglichkeiten sind vielfältig und reichen von Demokratieworkshops bis zu Jugendparlamenten. Zur allgemeinen, öffentlichen Meinungsbildung können World-Cafés und Versammlungen genutzt werden.

Analog zu den in der Kommunalpolitik bereits bewährten Bürger:innen-Räten bietet sich zur Vorbereitung von Entscheidungen in Pfarrgemeinderäten und Vereinsvorständen die Einrichtung eines Christ:innen-Rats an.

Aus den Mitgliedern einer Pfarrgemeinde oder einer Organisation wird ein repräsentativer Querschnitt von 12 bis 15 Teilnehmer:innen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Sie bilden den für eine bestimmtes Thema zeitlich begrenzt eingesetzten Rat, der im intensiven Dialog zu einem gemeinsamen Ergebnis zu einer Fragestellung kommt. So werden auch Menschen zum Mitreden und Mitentscheiden motiviert, die noch nicht in den Gremien aktiv sind, und alle machen die Erfahrung von demokratischer Einbindung und Entscheidungsfindung.

Welche Methoden auch gewählt werden, die demokratischen Entscheidungen brauchen Gültigkeit. Nur so erhalten Prozesse, die ihnen zugrunde liegen, und Menschen, die sich an ihnen beteiligen, Legitimation.

Nicht zuletzt sind auch wir als Katholische Aktion gefordert. Wir schaffen Begegnungsräume und bringen Menschen in Dialog. Außerdem machen wir Kirche anschlussfähig und öffnen sie nach außen. Vor allem bringen wir uns aktiv in gesellschaftliche Debatten ein. Demokratisches Engagement liegt in der DNA der Katholischen Aktion.

AUSBLICK

Durch die Verbindung lokaler Initiativen mit überregionalen Netzwerken können nachhaltige Strukturen entstehen, die zur Bewältigung der beschriebenen Herausforderungen beitragen. Der Erfolg dieser Bemühungen hängt wesentlich davon ab, dass möglichst viele Menschen sich als aktive Gestalter:innen der demokratischen Gesellschaft verstehen und entsprechende Handlungsmöglichkeiten erhalten und nutzen. Es bedarf dabei eines Aufeinander-Zugehens sowie der Motivation und konkreter Einladungen zur politischen Beteiligung. Dafür sollen kirchliche Räume und Ressourcen großzügig geöffnet werden.

An einer gut funktionierenden Demokratie müssen wir immer arbeiten, sie immer wieder verändern. Dass es keine vollendete Demokratie geben kann, liegt an ihrer inneren Logik. Schließlich lebt jede Demokratie – ob im Kleinen oder auf globaler Ebene – am Engagement der Menschen, die in ihr leben und auf demokratische Weise zusammenleben wollen.

Daher bedeutet Demokratie auch, langfristig im Sinne des Großen Ganzen zu denken. Dazu braucht es gesellschaftliche Solidarität und ein Bekenntnis zur unteilbaren Würde jedes einzelnen Menschen. Christliche Werte haben die Entwicklung menschenrechtsbasierter liberaler Demokratien von Anfang an mitgetragen. Die Wahrung eines Miteinanders in Vielfalt sehen wir als Auftrag für uns alle.

Zur Transparenz

Zur Analyse und Bewertung der aktuellen Verfasstheit der Demokratie in unserem Land stellten Expert:innen aus Politikwissenschaft, Diversitätsforschung und Parlamentarismus Texte zur Verfügung, die in der Dossier-Arbeitsgruppe der KAÖ diskutiert wurden. An dieser Stelle bedanken wir uns insbesondere bei Zoe Lefkofridi, Christoph Konrath, Johannes Webhofer und Andreas Gjecaj für ihre unentgeltliche Mitwirkung bei der Erarbeitung dieses Dossiers.

Inhaltlicher Bezugsrahmen unserer Bewertungen sind die Katholische Soziallehre und die wissenschaftlichen Befunde der Katholischen Sozialakademie, sowie die Menschenrechte gemäß der Charta der Vereinten Nationen. Die gesamte christliche Soziallehre der Kirche geht immer vom Menschen aus. Sie betont seine unveräußerliche Würde und erinnert daran, dass sich Menschen beim Dialog in die Augen schauen, einander ernst nehmen und einen gewaltfreien Weg der Konfliktlösung nicht nur suchen, sondern ständig praktizieren. Aus dem Dialog muss Veränderung und neues Handeln entstehen.

Mai 2025

Auf Grundlage des christlichen Welt- und Menschenbildes und der katholischen Soziallehre wirken Katholikinnen und Katholiken aktiv an der Gestaltung einer menschenrechtsbasierten, liberalen Demokratie mit. Ziel ist ein gutes Leben für und mit allen in einer solidarischen Gesellschaft. Die Kirche als ganze ist herausgefordert, stark und mutig soziale und politische Bildung zu gestalten. Dabei öffnet sie Orte und Räume für Diskussion, Dialog und fundierte Meinungsbildung und fördert Synergien für das Gemeinwohl. Christinnen und Christen sollten Mut entwickeln und sich aktiv in den öffentlichen Debatten mit Vorschlägen für Gerechtigkeit, Fairness und Frieden einbringen. Als Katholische Aktion wollen wir dafür immer wieder unsere Stimme erheben und den oft Sprachlosen und den nicht Gehörten unsere Stimme geben. Das vorliegende Dossier ist ein Beitrag dazu und will Menschen motivieren, Demokratie in ihrem Alltag zu leben und sich aktiv in die Gestaltung von Demokratie einzubringen.

Die Katholische Aktion Österreich (KAÖ, #kaoe) als offizielle Laienorganisation der Katholischen Kirche in Österreich umfasst die Katholische Jungschar, die Katholische Jugend, die Katholische Hochschuljugend, die Katholische Frauenbewegung, die Katholische Männerbewegung, die Katholische Arbeitnehmer:innenbewegung und den Katholischen Akademiker:innenverband, dazu das Forum Beziehung, Ehe, Familie und das Forum Kunst, Wissenschaft, Medien.

Katholische Aktion
Österreich

